



Krisenmanagement in Italien – Schlaglichter auf ein Jahr Regierung Monti

Alexander Grasse

Occasional Papers
No. 16/2012

Hrsg. von
Alexander Grasse

Impressum

PIFO Politische Italien-Forschung
Erscheinungsort: Gießen

Hrsg.: Prof. Dr. Alexander Grasse

Institut für Politikwissenschaft
Justus-Liebig-Universität Gießen
Karl-Glöckner-Str. 21 E
35394 Gießen

Tel.: 0641 - 9923091 (Skr.)

Tel.: 0641 - 9923090

Fax: 0641 - 9923099

E-Mail: alexander.m.grasse@sowi.uni-giessen.de

ISSN: 1866 - 7619

Gießen, 2012

© Alexander Grasse

<http://www.italienforschung.de>

Krisenmanagement in Italien – Schlaglichter auf ein Jahr Regierung Monti

Alexander Grasse

Inhalt	<i>Seite</i>
1 Einleitung	5
2 Italien beweist Reformfähigkeit ... im Sinne der Märkte	5
3 Wie Krise und Krisenbekämpfung die Republik verändern	10
4 Italiens Verhältnis zur EU im Wandel	15
5 Fazit und Ausblick	17
Literatur	20
Zum Autor	23

1 Einleitung

Nachdem Silvio Berlusconi infolge der Refinanzierungsprobleme Italiens an den Kapitalmärkten im Herbst 2011 zurücktreten musste, sah man in Italien mit dem ehemaligen EU-Kommissar Mario Monti als neuem Ministerpräsidenten und einer Regierung der externen Fachleute eine Zeit umwälzender Reformen anbrechen. Gleichwohl blieben Zweifel an der Reformwilligkeit des Landes, insbesondere in Deutschland, weiterhin bestehen. Hinsichtlich der Befürchtung der meisten, sich haushaltspolitisch für tugendhaft haltenden nordeuropäischen Länder, die südeuropäischen Staaten würden die von EZB-Präsident Mario Draghi im September 2012 angekündigte Möglichkeit der Intervention von ESM und EZB (d.h. Ankauf von Staatsanleihen in unbegrenzter Höhe) nutzen, um notwendige Reformen auf die lange Bank zu schieben, sind jedoch gerade vor dem Hintergrund des italienischen Beispiels unbegründet, wie im Folgenden aufgezeigt werden soll. Ob die Maßnahmen wirtschaftspolitisch sinnvoll sind, steht auf einem ganz anderen Blatt, denn in der Tat hat die neoliberale Austeritätspolitik der Regierung Monti die Wirtschaftskrise erheblich verschärft, wie die makroökonomischen Eckdaten deutlich zeigen (Grasse 2012a) und auch vom Ministerpräsidenten offen eingeräumt wird.

2 Italien beweist Reformfähigkeit ... im Sinne der Märkte

Italien will den Weg aus der Krise unbedingt aus eigener Kraft schaffen, um auf Augenhöhe mit den anderen großen Drei (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) zu bleiben und keine Souveränitätseinbußen hinnehmen zu müssen. Tatsächlich hat das Land seine „Hausaufgaben“ im Sinne von IWF, Europäischer Kommission und EZB – entgegen manch anderslautender Nachricht nördlich der Alpen – in großem Umfang bereits gemacht¹ oder ist zumindest im Begriff, die im Sommer 2011 gemachten „Auflagen“, als die EZB erstmals zu Gunsten Italiens auf dem Sekundärmarkt intervenierte und in großem Umfang Staatsanleihen kaufte, zu erfüllen:

Die Reduzierung des Haushaltsdefizits und ein ausgeglichener Haushalt 2013 wurden konsequent angegangen. Drastische Ausgabenkürzungen finden entweder direkt statt (26 Mrd. € bis 2014) oder werden strukturell wirksam, wie etwa durch die mithilfe des Gesetzesdekrets „*Salva Italia*“ (Rette Italien) im Dezember 2011 in Kraft gesetzte Rentenreform (Einsparvolumen 120

1 Am 05. August 2011 hatten der damalige EZB-Chef Trichet und sein designierter Nachfolger Draghi einen umfangreichen Katalog an Forderungen aufgestellt.

Mrd. € in den nächsten zehn Jahren); mit sofortiger Wirkung wurde das Renteneintrittsalter für Männer auf 66, ab 2020 auf 67 Jahre heraufgesetzt, für Frauen wurde das Renteneintrittsalter zunächst auf 62 Jahre erhöht, danach erfolgt eine schrittweise Anhebung auf 66 Jahre bis 2018, zugleich wurden die Möglichkeiten der Frühverrentung stark eingeschränkt. An der Reduzierung der Kosten des Gesundheitswesens und des öffentlichen Dienstes arbeitet die Regierung: 20% der Posten von leitenden Beamten sowie 10% der regulären Stellen sollen gestrichen werden, allein bei der Post will man 12.000 Stellen einsparen. Zudem wurden Maßnahmen zur Vereinfachung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen eingeleitet. Die Liberalisierung der Daseinsvorsorge ist dagegen ein Bereich, den die Regierung nur zögerlich in Angriff genommen hat, wobei nicht zu vergessen ist, dass eine überwältigende Mehrheit der Italiener dies entschieden ablehnt, wie das Referendum zur Privatisierung der Wasserversorgung 2011 deutlich gezeigt hat, mit dem der Prozess zunächst gestoppt wurde.

Die Reform der Finanzverfassung, der sog. *federalismo fiscale*, ist bereits seit dem Jahr 2009 auf dem Weg (Gesetz 42/2009), die hierfür nötigen Ausführungsgesetze wurden 2011 und 2012 verabschiedet (Grasse 2013). Auch die nicht nur von der EZB geforderten Privatisierungen werden vorangetrieben (für 2013 in Höhe von 1% des BIP, d.h. 16 Mrd. €). Darüber hinaus wurden zahlreiche, durchaus erfolgreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung ergriffen, auch wenn offen bleiben muss, wie nachhaltig diese Erfolge sein werden.² Nach Schätzungen erleidet der italienische Fiskus ca. 130 Mrd. € Einnahmeverluste pro Jahr durch Steuerflucht bzw. -hinterziehung. Auch die in Italien weit verbreitete Korruption, die nach Berechnungen des Ministeriums für Öffentliche Verwaltung einen volkswirtschaftlichen Schaden von jährlich 60 Mrd. € verursacht, soll eingedämmt werden. Im Oktober 2012 brachte die Regierung Monti nach monatelangem Tauziehen mit Berlusconi's Partei *Pdl* ein Anti-Korruptionsgesetz durch das Parlament. Obwohl es hinter den Erwartungen und den tatsächlichen Erfordernissen zurückblieb und Montis Ankündigung, das Gesetz werde zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Italiens beitragen, etwas hoch gegriffen zu sein scheint, bringt es doch eine Reihe wichtiger Neuerungen: So wird erstmals Bestechung zwischen Privatleuten

2 Auch schießt man dabei bisweilen über das Ziel hinaus, wie das jüngste Projekt der Regierung zeigt, bei dem Privatsphäre und Datenschutz zur Disposition stehen: Mithilfe eines so genannten *Redditometro* sollen Lebensstil und Einnahmen der privaten Haushalte durch das Finanzministerium miteinander abgeglichen werden, um Auffälligkeiten feststellen zu können, bei 22 Mio. italienischen Familien und 50 Mio. Steuerzahlern zudem ein gigantischer Aufwand.

(Vetternwirtschaft) unter Strafe gestellt (bis zu drei Jahren Haft) und Staatsbediensteten, die Korruption aufdecken, Anonymität zugesichert. Zugleich wurden neue und höhere Strafen für verschiedene Tatbestände von Korruption und Erpressung eingeführt. Die lange diskutierte Maßnahme, letztinstanzlich Verurteilten die Kandidatur für ein Abgeordnetenmandat zu verwehren, wurde jedoch abermals aufgeschoben.

Des Weiteren gibt es einen Gesetzentwurf vom Oktober 2012, der Politiker, die nachweislich die Verschwendung öffentlicher Gelder zu verantworten haben, mit hohen Geldstrafen (bis zum zwanzigfachen des Monatseinkommens) persönlich zur Verantwortung ziehen will.

Zudem wurden gesetzliche Maßnahmen zum Verbot der Kumulation von Aufsichtsratsämtern ergriffen, die es in dieser Form in Deutschland nicht gibt, wofür Mario Monti nach eigener Aussage Anerkennung und Interesse von Bundeskanzlerin Merkel erfahren hat.

Die Vorgaben zur Europäischen Fiskalunion hat Italien ebenfalls rasch erfüllt. Im Juli 2012 wurde der Fiskalpakt ratifiziert, nachdem die Schuldenbremse bereits im April 2012 von den beiden Kammern des italienischen Parlaments endgültig verabschiedet worden war. Demgemäß ist Neuverschuldung zukünftig nur noch möglich bei gleichzeitiger Vorlage eines Schuldentilgungsplanes und nur für den Fall, dass mit absoluter Mehrheit in Senat und Abgeordnetenkammer eine Ausnahmesituation festgestellt wird.

Die von Arbeitgebern, der EU und anderen internationalen Organisationen eingeforderte Arbeitsmarktreform ist seit dem 18. Juli 2012 in Kraft (Gesetz No. 92 vom 28. Juni). Die Forderung einer Dezentralisierung der Tarifverhandlungen war bereits von der letzten Regierung Berlusconi im Jahr 2011 beantwortet worden, indem durch eine entsprechende Reform eine Abweichungsklausel geschaffen wurde – wenn der größte Teil der „repräsentativen Gewerkschaften“ eines Unternehmens dies befürwortet und die Produktivität dadurch gesteigert werden kann. Die Reform der Regierung Monti integriert das bisher sektoral organisierte und fragmentierte System der Lohnersatzleistungen. Dabei wird mit der Einführung der *ASpI (Associazione Sociale per l'Impiego)* zwar der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert (so dass bis auf die fest Angestellten im öffentlichen Dienst alle erfasst werden), die Anspruchsdauer jedoch deutlich verringert (auf max. 12 Monate; für über 55-Jährige 18 Monate, wobei vor der Reform max. 48 Monate möglich waren) und auch das Anspruchsniveau wird insgesamt abgesenkt (mit Ausnahme der Beschäftigten in Kleinbetrieben, d.h. mit weniger als 16 Arbeitnehmern, deren Anspruch sich hinsichtlich Länge und Höhe verbessert). Anspruchsvoraussetzung ist der Nachweis einer Beschäftigung von 12

Monaten in den letzten zwei Jahren vor Eintritt der Arbeitslosigkeit, was von den Gewerkschaften als viel zu restriktiv kritisiert wurde, da ein Großteil der prekär Beschäftigten dies nicht erfüllen kann. Hinzu kommen Regelungen zur Begrenzung von Zeitarbeit und der Beschäftigung von Scheinselbständigen. Außerdem wurde der Kündigungsschutz dahingehend neu geregelt, dass nach gerichtlicher Überprüfung der Rechtmäßigkeit einer Kündigung statt der Wiedereingliederung an den Arbeitsplatz die Zahlung von Schadenersatz (in Höhe von max. 24 Monatsgehältern) zum Regelfall wird, was von den Gewerkschaften ebenfalls stark kritisiert wurde. Gemeinsam mit den Parteien IdV, SEL, PRC, PdCI, den Grünen und Alba (*Sinistra radicale*) starteten die CGIL und die Metallarbeitergewerkschaft FIOM am 13. Oktober 2012 eine Referendumsinitiative, um Teile des Gesetzes wieder abzuschaffen.

Ganz gleich wie man die Reform politisch im Einzelnen beurteilen mag, sie sollte vor allem als Signal an die EU und die Finanzmärkte, im Sinne einer strukturellen Reformwilligkeit und -fähigkeit Italiens dienen, war also letzten Endes ein Baustein, um die Zinsen drücken, was freilich misslang, denn erst durch die im September 2012 erfolgte Ankündigung der EZB, notfalls Staatsanleihen kriselnder Staaten in unbegrenzter Höhe aufzukaufen, sank der Zins für zehnjährige Titel signifikant.

Die Forderung der Europäischen Kommission, automatische Ausgabenkürzungen bei Überschreitung des Defizits vorzunehmen, wurde – wenig überraschend – nicht umgesetzt, hätte dies doch die Haushaltsautonomie vollends ausgehöhlt.

Ministerpräsident Monti und sein Kabinett müssen einen schwierigen Balanceakt vollführen. Einerseits ist die Regierung auf die Anerkennung durch die europäischen Partner und die Europäische Kommission angewiesen, was nur durch entsprechende Reformfolge möglich ist. Denn andernfalls könnte die Unterstützung im Parlament wie auch in der italienischen Öffentlichkeit rasch verloren gehen. Andererseits muss sie in Brüssel auch Durchsetzungsfähigkeit zeigen, um nicht als willfähiges Objekt europäischer Politik dazustehen. Dieser Balanceakt war bislang sehr erfolgreich, denn Monti fand mit Spanien und Frankreich starke Verbündete, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Zugeständnisse an die italienische Regierung von Seiten der EU und nicht zuletzt Deutschlands sind auch deshalb geglückt, weil unter den europäischen Regierungen niemand ein Scheitern der Regierung Monti wünschen konnte, angesichts der schwierigen innenpolitischen Lage Italiens.

Das heißt aber auch, dass Italien, anders als in der Krise 1992-93, als man das Europäische Währungssystem zwischenzeitlich verlassen musste,

oder 1996-97, im Vorfeld des Beitritts zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, als zahlreiche Reformen eingeleitet wurden, diesmal auf die Hilfe von außen angewiesen ist, zumindest indirekt. Gerade weil das so ist, möchte Italien größtmögliche Selbstständigkeit dokumentieren.

Als dringlichstes Problem hat die Regierung im Sommer 2012 die geringe Produktivität der italienischen Wirtschaft ausgemacht. Lag die Produktivität Italiens vor 20 Jahren nur geringfügig unter derjenigen seiner größten Konkurrenten, so liegt sie heute bereits 12% unter dem Durchschnitt der Eurozone. So richtig die Analyse der Regierung ist, wird dabei das Problem unterschätzt, dass Produktivitätssteigerungen bei rückläufiger Wirtschaftsentwicklung zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Ohne Wachstum verpuffen Zuwächse bei der Produktivität. Und genau hier liegt das Problem: Mit Wachstum ist angesichts immer neuer Sparmaßnahmen eben nicht zu rechnen. Auch die EZB erwartet eine konjunkturelle Erholung für Europa und Italien erst deutlich später als zunächst gedacht, frühestens Ende 2013. Obendrein verweigert die italienische Regierung, ganz zum Verdruss der Gewerkschaften, durch eine entschlossene Industriepolitik und Forschungsförderung selbst aktiv zu werden, um Produktivitätssteigerungen zu erzielen, und setzt hierfür ganz auf Vereinbarungen zur Arbeitsflexibilisierung zwischen den Tarifpartnern. Konjunkturprogramme werden abgelehnt. Auf öffentlichen Druck beschloss man am 10. Oktober 2012 im Kabinett Monti lediglich, dass Gehaltszulagen und Prämien, die an Arbeitnehmer im Zusammenhang mit Produktivitätsfortschritten gezahlt werden, steuerlich begünstigt werden sollen.

Ein großes Problem im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit stellt der Umstand dar, dass kein anderes Land so große regionale Disparitäten aufweist wie Italien (sie sind doppelt so hoch wie in Spanien) und der Süden ökonomisch immer weiter zurückfällt. Für Wachstumsimpulse im unterentwickelten Süden Italiens hat die Regierung deshalb ein Paket über 3 Mrd. € geschnürt, das den Schwerpunkt auf kleine und mittlere Unternehmen legt. Zudem wurde ein „Runder Tisch für den Süden“ (*Tavolo per il Sud*) initiiert, an dem die Ministerien für territorialen Zusammenhalt, Soziales und wirtschaftliche Entwicklung und das Bildungsministerium sowie der Industrieverband *Confindustria* und die Gewerkschaften teilnehmen. Ziel ist es, die Italien aus den EU-Strukturfonds zustehenden Mittel durch entsprechende Projekte abrufen zu können und nicht verfallen zu lassen.

Die Wachstumsprogramme der derzeitigen Regierung sind jedoch insgesamt vollkommen unzureichend, wie Ökonomen und Politiker nahezu einhellig feststellen. Pläne aus den Ministerien für weitere Maßnahmen

zur Ankurbelung des Wachstums gibt es zwar inzwischen viele, nachdem zunehmend Kritik an der Verzögertheit der Regierung laut geworden war. So soll z.B. der Ausbau der digitalen Netze gefördert und die Energiepolitik neu ausgerichtet werden, die Sozialabgaben für junge Arbeitnehmer sollen gesenkt werden. Hinzu kommen Vereinfachungen für Unternehmen und Unternehmensgründungen. Allein es fehlt das Geld. Die bisherigen Initiativen im IT-Bereich machen kaum Fortschritte und sind mit 100 Mio. € viel zu knapp ausgestattet. Für Initiativen zur Förderung von beruflicher Qualifizierung und zur Verbreitung des deutschen dualen Ausbildungsmodells wurden 40 Mio. € bereitgestellt, ebenfalls viel zu wenig.

So positiv viele Ansätze auch im Einzelnen zu bewerten sein mögen, alles in allem ist die Wachstumspolitik der Regierung Monti Stückwerk geblieben. Zugleich wird eine Erhöhung der Einnahmen durch eine Vermögenssteuer bzw. –abgabe entschieden abgelehnt, obwohl dies gerade in Italien ein taugliches Instrument hierzu wäre (Grasse 2012a). Letztlich finden wir hier ein klassisches Austeritätsprogramm vor, wie es derzeit ähnlich auch in den anderen, sogenannten Krisenstaaten praktiziert wird und „das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011) bezeugt. Es handelt sich dabei im Falle Italiens um eine Reihe von ad hoc Maßnahmen zur Anpassung an extern induzierte Erfordernisse, nicht aber um ein wirklich entwickeltes politisches Projekt. Monti sprach in einem Interview anlässlich des Jahreskongresses der Italienischen Vereinigung für Politikwissenschaft (SISP) am 13. September 2012 in Rom selbst von „*creditocrazia*“ und räumte damit überraschend unumwunden ein, wie sehr die Politik von der Finanzmarktökonomie getrieben wird und der Begriff der „Börsendemokratie“ (Grasse 2012b) durchaus gerechtfertigt erscheint.

3 Wie Krise und Krisenbekämpfung die Republik verändern

Keine Frage, die Krise und die Regierung Monti haben Italien verändert. Die kurzfristigen Folgen sind unübersehbar, die langfristigen zeichnen sich nur langsam ab. Nehmen wir das Beispiel Rente: Aufgrund von Gesetzeslücken (zu kurze Übergangsregelungen) bei der Rentenreform, die im Dezember 2011 über Nacht verabschiedet wurde, droht 270.000 Arbeitern und Angestellten, die mit Blick auf die geltenden Frühverrentungsregelungen kurz zuvor noch einen Auflösungsvertrag bei ihrem Arbeitgeber unterzeichnet hatten, in den nächsten Jahren trotz Nachbesserung des Gesetzes Armut, da sie weder Lohn noch Übergangsgeld noch Arbeitslosenunterstützung erhalten, aber eben auch

noch keine Rente. Hinsichtlich der Alterssicherung wirken sich aber auch die durch die Sparpolitik und Steuererhöhungen hervorgerufenen Verluste bei den verfügbaren Einkommen aus. Denn die freiwillige Zusatzvorsorge ist bereits stark zurückgegangen. 1 Mio. Italiener haben ihre Einzahlungen bereits ausgesetzt oder ganz beendet; dabei sorgen überhaupt nur 5,5 Mio. Italiener zusätzlich vor. Hier droht langfristig Altersarmut in breiter Form.

Auch im Gesundheitssektor schlägt sich die Krise nieder: Wie die Tageszeitung *Il Sole 24 Ore* am 03. Oktober 2012 meldete, können sich 42% der von selteneren Krankheiten Betroffenen (2,6 Mio. Menschen) eine Behandlung derselben nicht mehr leisten.

Insgesamt dürften sich die Reformen sehr viel drastischer auswirken als in Deutschland, da das soziale Sicherungssystem Italiens, entsprechend dem südeuropäischen Sozialmodell, sehr viel schwächer ausgeprägt ist.³ Angesichts der eingeschlagenen Politik der Regierung Monti wird die ohnehin bereits große Kluft zwischen Arm und Reich noch tiefer.

Deshalb nimmt es nicht weiter Wunder, dass viele Italiener immer mehr den Eindruck gewinnen, dass die Probleme des Landes überwiegend auf dem Rücken der breiten Masse ausgetragen werden sollen. Dementsprechend halbierten sich die Umfragewerte der Regierung Monti seit Amtsantritt im November 2011: Nur noch ein Drittel der Italiener äußerten sich bei einer Erhebung im November 2012 zustimmend zur Politik der Regierung (wobei der Ministerpräsident als Person besser bewertet wurde). 42% der Italiener zeigten sich enttäuscht von der Regierung und weitere 20% bewerteten die Politik als sehr schlecht.⁴ Am 27. Oktober 2012 mobilisierten zivilgesellschaftliche Kräfte für eine Großdemonstration in Rom zehntausende Menschen, um gegen die neoliberale Sparpolitik der Regierung zu protestieren (Slogan: „*No Monti Day*“), am 14. November 2012 fand ein vierstündiger, u.a. von der Gewerkschaft CGIL ausgerufenen Generalstreik statt.

Die Austeritätspolitik ist auch für das politische System folgenreich: Im Dezember 2011 initiierte die Regierung im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise – nach einer expliziten Aufforderung durch die EZB – die Abschaffung der Provinzen in ihrer bisherigen Form, um die Kosten politisch-administrativer Führung zu senken. Durch das Dekret *Salva Italia* und das Gesetz 135/2012 wurde die Auflösung der Exekutiven und die drastische Verkleinerung der Provinzialparlamente auf max. 10 Mitglieder beschlossen, wobei deren Wahl zukünftig nur noch indirekt durch die Kommunen

3 Vgl. hierzu u.a. näher Labitzke 2013, Glassmann 2012, Natali 2008.

4 Umfrage des Instituts *ISPO* für die Tageszeitung *Corriere della Sera*, 11.11.2012.

erfolgen soll. Was sich unter Effizienzgesichtspunkten noch rechtfertigen lässt, ist in Bezug auf die demokratische Substanz durchaus zweifelhaft. Die Einspareffekte der angestrebten drastischen Reduzierung der 110 Provinzen (allein in den Regionen mit Normalstatut sollen 35 Provinzen aufgelöst werden) dürften jedoch gering sein, da die Provinzen nur 2% der Gesamtkosten des politischen-administrativen Systems ausmachen (Zentralstaat 60%, Regionen 23%, Kommunen 15%).

Auch die kommunale Demokratie steht vor umwälzenden Änderungen: So werden seit dem Jahr 2011 aufgrund der finanzpolitischen Entscheidungen der letzten Regierung Berlusconi z.B. die Quartiers- bzw. Stadtteilräte, die aus den Demokratisierungsbewegungen der 1960er und 70er Jahre hervorgegangen waren und für größere Bürgernähe sorgen sollten, in Städten unter 250.000 Einwohnern vollständig abgeschafft (Gesetze 191/2009 und 42/2010).

Die Kommunen selbst sind ebenfalls von der Sparpolitik betroffen. Seit dem 13.08.2012 wird in Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern mit Ablauf des jeweiligen Mandats der Gemeindevorstand abgeschafft (Dekret 138/2011). Um Kosten zu sparen, wurden durch das Gesetz 135/2012 alle Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern zur Bildung interkommunaler Zusammenschlüsse (*Unione di comuni*) verpflichtet.

Weitere Gebietskörperschaften, wie die 1971 geschaffenen *Comunità montane*, (Berggemeinverbände) stehen ebenfalls vor dem Aus. Infolge der drastisch gekürzten Zuwendungen aus Rom hat man sie in vielen Regionen bereits reduziert.

Auch den Regionen selbst bleiben Haushaltseinschnitte nicht erspart. Zudem sollen die Kosten politischer Führung deutlich reduziert werden, u.a. durch eine Kürzung der Gehälter von Ministern und Abgeordneten sowie die Halbierung der Mittel für Parteien bzw. Fraktionen. Die Regierung Monti plante Ende 2012 sogar eine Verfassungsänderung, die eine präventive Kontrolle des Rechnungshofes über die Regionalhaushalte und die finanziellen Auswirkungen der allgemeinen Verwaltungstätigkeit der Regionen (sowie aller lokalen Gebietskörperschaften) zum Gegenstand hat. Nach der über Jahrzehnte hinweg mit der Verfassungsreform 2001 mühsam erkämpften Finanzautonomie (Art. 119) würde dies einen großen Rückschlag für den Föderalisierungsprozess bedeuten und die Autonomie der Regionen und Kommunen stark beschränken. Nach zahlreichen Skandalen in Latium, der Lombardei, Kampanien und Sizilien und der hohen Verschuldung der 20 Regionen (insgesamt ca. 50 Mrd. €), gibt es jedoch eine intensive Debatte über die Verschwendung öffentlicher Gelder und die Privilegien

der regionalen politischen „Kaste“ (De Robertis 2012), die solchen Rezentralisierungsvorhaben in die Hände spielt.

Wiewohl gewisse Einsparungen angesichts des im europäischen Vergleich sehr kostspieligen politisch-administrativen Apparates nicht nur wünschenswert, sondern aufgrund von Aufgabendoppelungen, Kompetenzgerangel und Ineffizienzen im italienischen Mehrebenensystem tatsächlich unverzichtbar sind, stehen die dabei getroffenen Maßnahmen im Widerspruch zu den Vorgaben der Verfassung, insbesondere Art. 5, der die größtmögliche Dezentralisierung vorschreibt. Sie stehen auch in einem gewissen Widerspruch zum Gebot der Subsidiarität, das 2001 in die Verfassung aufgenommen wurde (Art. 118, Abs. 4). Auch wenn die genannten Reformen angesichts der Politikverdrossenheit in der öffentlichen Meinung zurzeit sehr populär sind, bergen sie doch erhebliche Risiken für die Demokratie. Man kehrt ein Stück weit zum Zentralismus zurück, der vor 20 Jahren aus guten Gründen in die Kritik geraten war und den man seither begrenzen wollte (Grasse 2005).

Interessant ist in diesem Kontext der Regierungsstil des Ministerpräsidenten Monti. Er zeigt insgesamt einen immensen Gestaltungsanspruch, der auch daher rühren mag, dass keine Regierung zuvor bei ihrer Investitur ähnlich große Zustimmung erlangen konnte: 88% (Abgeordnetenhaus) bzw. 89% (Senat) votierten bei der Vertrauensabstimmung im November 2011 für die neue Regierung. Monti operiert, wenn man sich die Instrumente des Regierens weiter anschaut, überdurchschnittlich mit Gesetzesdekreten, d.h. vorläufigen Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft, die binnen 60 Tagen in reguläres Gesetz umgewandelt werden (*decreto legge*). Dies ist in Italien eine durchaus gängige Regierungsmethode, gestützt auf Art. 77 der Verfassung und das Gesetz 400/1988. Dass aber 58,5% aller gesetzgeberischen Aktivitäten hierüber laufen, ist dennoch bemerkenswert. Lediglich in 24,4% der gesetzlichen Maßnahmen handelt es sich um reguläre Gesetze (Marangoni 2012: 142). Der häufige Gebrauch der Vertrauensfrage ist im System der so genannten Zweiten Republik hingegen nichts Außergewöhnliches. Seine Vorgänger im Amt, ob sie nun Prodi oder Berlusconi hießen, nutzten dieses Mittel ähnlich oft. Am Instrument der Vertrauensfrage wird vielmehr deutlich, dass Italien im permanenten Ausnahmezustand regiert wird, was wiederum auf die Krise des Parteiensystems verweist.

Wenn es so etwas wie einen *Montismo* geben sollte, dann besteht er in der Philosophie größtmöglicher Steuerungsgewalt. Regiert wird nach dem Prinzip: „Ganz oder gar nicht“, denn die Parteien sind aufgrund ihrer derzeitigen Schwäche weitgehend entmachtet. Auch von Konzertierung mit

den Sozialpartnern kann nicht wirklich die Rede sein. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu den anderen sogenannten technischen Regierungen der 1990er Jahren. Nur im Falle der Arbeitsmarktreform wurden längere Verhandlungen mit den Sozialpartnern geführt.

Politisch-institutionell lässt sich insgesamt eine Präsidentialisierung Italiens im doppelten Sinne feststellen, denn nicht nur Ministerpräsident Monti hat eine klare Führungsrolle übernommen, auch Staatspräsident Napolitano, mit dem Monti sich sehr eng und auffallend oft abstimmt, greift immer wieder in die Tagespolitik ein. Dies hat außer seinem Vorgänger Ciampi kein Staatspräsident zuvor so häufig getan.

Eine Verfassungsdebatte wird, anders als in Deutschland, nur zögerlich geführt. Erst nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum ESM wurde auch in Italien die Frage gestellt, ob das Parlament nicht größere Mitsprache bei der Übertragung weitreichender Kompetenzen an die EU haben muss, zumal Art. 11 der Verfassung, auf den man sich bisher stützt, nur sehr vage ist⁵. Auch fragt man sich inzwischen, warum das italienische Parlament nicht die gleichen Informationsrechte haben soll wie der Deutsche Bundestag. Insbesondere der Umstand, dass Art. 34 des ESM, der Geheimhaltung vorsieht, für den Bundestag nicht gilt, aber die Parlamentarier in Italien weiterhin nichts von den Diskussionen innerhalb des Gremiums erfahren sollen, irritiert. Bezeichnenderweise sieht die Regierung Monti hierin aber bislang kein Problem. Im Gegenteil: Montis Äußerung am 8. August 2012, dass Regierungen in der Krise mehr Eigenständigkeit gegenüber ihren Parlamenten haben sollten, sorgte für Irritation und Empörung, auch und gerade in Deutschland. Wörtlich meinte der Premier: „Aber jede Regierung hat auch die Pflicht, das Parlament zu erziehen“ (FAZ, 05.08.2012). Zu erklären ist dies zu einem Gutteil mit der relativen Schwäche des italienischen Ministerpräsidenten im politischen System Italiens und mit der Situation der Regierung der Fachleute im Besonderen, die nur noch aufgrund des externen Drucks stabil ist. Andererseits zeigt sich im Kontext der oben angestellten Analysen doch ein leichter Zweifel, inwieweit Monti die Parlamentssuprematie wirklich ernst nimmt. Mit Blick auf das politische System der EU offenbart sich Ähnliches: Auch hier sieht er, gerade angesichts der Krise, vor allem

⁵ Dort heißt es: „Italien lehnt den Krieg als Mittel des Angriffes auf die Freiheit anderer Völker und als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten ab; unter der Bedingung der Gleichstellung mit den übrigen Staaten stimmt es den Beschränkungen der staatlichen Oberhoheit zu, sofern sie für eine Rechtsordnung nötig sind, die den Frieden und die Gerechtigkeit unter den Völkern gewährleistet; es fördert und begünstigt die auf diesen Zweck gerichteten überstaatlichen Zusammenschlüsse.“

die Notwendigkeit, die Europäische Kommission als Motor der Integration zu stärken. Das Europäische Parlament hat er weniger im Blick. Ansprüche auf effektives Regieren und demokratische Kontrolle stehen hier in einem gewissen Spannungsverhältnis, wobei Monti im Zweifelsfall eher zum effektiven Regieren neigt, was jedoch dann problematisch wird, wenn die ökonomischen Erfolge ausbleiben: sinkende Output-Legitimation bei geringer Input-Legitimation.

4 Italiens Verhältnis zur EU im Wandel

Italiens Verhältnis zur EU gilt traditionell als besonders eng, was historisch begründet ist (Wiedereingliederung in die Völkergemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, wirtschaftlicher Aufstieg). Dies ist zweifellos zutreffend, wobei sich auf den zweiten Blick herausstellt, dass es sich auch um ein schwieriges Verhältnis handelt. Einerseits ist kaum ein Land so konsequent für die Europäische Integration eingetreten wie das Gründungsmitglied Italien (die EU war bis auf die Ära Berlusconi immer eine Konstante der italienischen Außenpolitik), und bis Anfang der 1990er Jahre hat kaum ein anderes Land so stark von den Strukturfonds der EU profitiert. Andererseits tat sich Italien auch häufig schwer mit der Umsetzung europäischen Rechts in nationales Recht und vollzog die Europäisierung nationaler Politik nur zögerlich. Dies führte zu dem weit verbreiteten Urteil, dass Italien zur EU ein Verhältnis aus rhetorischer Europabegeisterung und praktischer Indifferenz pflege.

Dessen ungeachtet ist die Europabegeisterung in der Bevölkerung bis Anfang der 2000er Jahre ungebrochen geblieben, wie die Umfragen des Eurobarometers zeigen. Erstmals ließ die Zustimmung der Italiener zur Europäischen Integration und den Institutionen der EU mit der Osterweiterung 2004 deutlich nach. Diese Erweiterung wurde und wird sehr kritisch gesehen, denn plötzlich wurde die Konkurrenz für die italienische Industrie sehr viel stärker. Zudem fielen einige Regionen aufgrund statistischer Effekte aus der Förderung durch die EU-Strukturfonds heraus. Mit anderen Worten: Die Nachteile dieser Erweiterung für Italien wurden sichtbar.

Der anti-europäische Populismus der seit 2001 (mit nur zwei Jahren Unterbrechung) regierenden Parteien des Mitte-Rechts-Spektrums, insbesondere *Forza Italia*/PdL und *Lega Nord*, tat sein Übriges. Denn obwohl es überall in den alten Mitgliedstaaten einen solchen Trend sinkender Zustimmung gab, ist der Absturz nirgendwo so ausgeprägt gewesen wie in Italien. Im Jahr 2005 fiel die Zustimmung erstmals unter den europäischen

Durchschnitt. Zwar betrachteten sich 61% der Italiener als Bürger Europas, doch ist dieser Wert geringer als in allen anderen EU-Gründerstaaten (69%) und liegt sogar leicht unter dem EU-Durchschnitt (63%). Mit dem Beginn der Krise im Jahr 2007 erreicht die Identifikation mit der EU in Italien ihren Tiefpunkt. Auf Europhilie folgt der Euroskeptizismus. Durch die erfolgreiche Verabschiedung und Ratifizierung des Vertrages von Lissabon identifizierte man sich in Italien zwar wieder etwas stärker mit der EU, aber seit der Verschärfung der Krise im Jahr 2010 befindet sich das Zugehörigkeitsgefühl zur EU im freien Fall (Serricchio 2012). In diesem Zusammenhang problematisch ist, dass nicht nur im rechten Spektrum des Parteiensystems anti-europäische Parolen immer häufiger werden, sondern auch dass die Bewegung Beppe Grillos (*Movimento 5 Stelle*) die Kritik an Europa und am Euro selbst hoffähig macht und zusätzlich anheizt.

Auch der Glaube daran, dass die Währungsunion die Effekte der Krise abgemildert habe, sinkt, obwohl dies eindeutig der Fall ist. Denn ohne die Gemeinschaftswährung hätte der Ölpreisschock, den es seit dem 11. September 2001 gegeben hat (Anstieg von 18 \$ auf 145\$ pro Barrel), der aber aufgrund der Stärke des Euro gegenüber dem Dollar kaum bemerkt wurde, viel gravierendere Folgen für Italien gehabt (Castaldi 2012). So aber blieb die Inflation niedrig und Italien konnte bei der Emission von Staatstiteln von niedrigen Zinsen profitieren. Bislang wird der Euro selbst zwar nicht in Frage gestellt, die Problembewältigungskompetenz Europas hat in den Augen der Italiener aber deutlich abgenommen. Lediglich 36,6% haben noch Vertrauen in die EU, 2001 lag der Wert noch bei 53,1%⁶.

Wiewohl sich generell eine Korrelation zwischen Zugehörigkeitsgefühl zur EU und wirtschaftlicher Entwicklung des eigenen Landes feststellen lässt, so sollte diese jüngste Entwicklung rückläufiger Identifikation der italienischen Bevölkerung mit der Europäischen Union doch ernst genommen werden. Ein Gutteil der weiterhin vorhandenen Zustimmung zum europäischen Einigungsprozess resultiert nämlich schlicht und ergreifend aus dem Umstand, dass das politische System Italiens noch weniger in der Lage zu sein scheint, die Krise bewältigen zu können als die Organe und Institutionen der EU. Brunazzo/Della Sala (2012: 6) sehen die Gründe für die zunehmende Europa-Skepsis noch etwas anders: *„Europe was no longer seen singularly as the ‘answer’ to Italian problems; becoming, instead, one of the sources of these Italian ‘problems’. [...] For many politicians (mainly on the centre-right but also on the extremes wings of the political spectrum) and for a growing*

6 Erhebung des Instituts *Demos* für die Tageszeitung *La Repubblica* im Dezember 2011 (<http://www.demos.it/rapporto.php>).

part of the public opinion, the EU (and, more specifically, the Euro) was not able to guarantee modernization nor protect Italian society from broader global pressures". Doch auch im linken Lager wächst die ablehnende Haltung gegenüber der EU und ihrem neoliberalen Krisenbewältigungsprogramm. Man sieht das europäische Sozialmodell durch die EU zunehmend infrage gestellt. Vor diesem Hintergrund wird es immer schwerer, in Italien einen Konsens herzustellen oder gar eine parteiübergreifende Strategie zu formulieren, die Italien zu einer aktiven Mitgestalterin des Integrationsprozesses werden lässt.

5 Fazit und Ausblick

Welche langfristigen Folgen das Reformprogramm der Regierung Monti und ihr Regierungsstil haben werden, lässt sich derzeit nicht absehen. Die Reformen sind in Teilen durchaus positiv zu bewerten, wie etwa die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und das Anti-Korruptionsgesetz, in anderen Teilen gehen sie zwar in die richtige Richtung, wie etwa bei den Wachstumsinitiativen, doch sind sie quantitativ vollkommen ungenügend. Hinsichtlich der Steuerpolitik schließlich müssen die Maßnahmen als unausgewogen, ökonomisch zweifelhaft und sozial bedenklich betrachtet werden, da sie überproportional die unteren und mittleren Einkommensbezieher belastet. Selbst die zunächst beabsichtigte Senkung des Steuersatzes für die unteren Einkommensbezieher um 1% (bis 15.000 € jährlich von 23% auf 22%, in der Stufe 15.000 € bis 28.000 € von 27% auf 26%) ließ die Regierung im Oktober 2012 wieder fallen, um die Haushaltsziele nicht zu gefährden.

Ob sämtliche Reformen wirksam werden, wird sich jedoch erst zeigen müssen, denn in einigen Bereichen fehlt es noch an den notwendigen Ausführungsgesetzen. Ob und inwiefern diese Regierung prägenden Einfluss auf das politische Italien der kommenden Jahre ausüben wird, ist ebenfalls noch nicht absehbar. Auch hier sind Zweifel angebracht, denn die jahrzehntelang gewachsene politische Kultur Italiens wird sich nicht innerhalb weniger Monate ändern lassen. Diese Zweifel begründen sich u.a. damit, dass die Parteien noch immer nicht in der Lage gewesen sind, das von allen Seiten als untauglich erachtete Wahlrecht zu reformieren, und das obwohl die Neuwahlen unmittelbar vor der Tür stehen. Das Land ist weiterhin tief gespalten und wird Mühe haben, die Polarisierung in *Berlusconismo* und *Anti-Berlusconismo* rasch zu überwinden. Ob die Konzentration im Parteiensystem, die 2008 bei den Parlamentswahlen eingetreten ist (Grasse 2008), beibehalten werden kann oder aber die erneute Fragmentierung, die in den letzten fünf

Jahren stattgefunden hat, eine Fortsetzung findet, werden die Wahlen im Frühjahr 2013 zeigen. In Umfragen sprachen sich Ende 2012 46% der Italiener dafür aus, nach den Parlamentswahlen wieder eine „politische Regierung“ zu etablieren, 37% wünschen die Fortsetzung der Regierung der externen Fachleute um Monti. Tatsächlich befindet sich Italiens Parteiensystem nach 20 Jahren Dauertransformation in einem kläglichen Zustand. Angesichts dessen ist die Krise auch und gerade eine politische und institutionelle Krise und nicht nur eine ökonomische, was die Situation erheblich erschwert. Italien hat nach neueren Vergleichsstudien (Morlino 2012) neben Ungarn eine der niedrigsten Raten von demokratischer und ökonomischer Responsivität, d.h. institutioneller Antworten auf Erfordernisse von Gesellschaft und Wirtschaft. Viele weitere Reformen sind also unumgänglich. Welche Richtung dabei eingeschlagen werden wird, wird das Jahr 2013 zeigen. Unstrittig ist, dass insbesondere in der Ära Berlusconi viele Fehler gemacht und zahlreiche notwendige Reformen nicht verabschiedet wurden, als die Rahmenbedingungen dafür sehr viel günstiger waren als jetzt.

Eine Betrachtung der Entwicklungen der Zweiten Republik offenbart eine Zick-Zack-Bewegung. Phasen rascher und durchaus erfolgreicher Reformen folgen Phasen der Stagnation und des Rückschrittes, etwa bei der bereits angesprochenen Fragmentierung bzw. Konzentration des Parteiensystems, bei der Frage des Wahlrechts (Verhältniswahlrecht vs. Mehrheitskomponente mit und ohne Korrektive), bei der Frage von Dezentralisierung und Re-Zentralisierung, oder auch in der Frage der Machtverteilung zwischen Regierung und Parlament (sowohl auf nationaler als auch subnationaler Ebene). Das vielfach gezeichnete Bild von der Pendelbewegung des politischen und gesellschaftlichen sowie ökonomischen Systems Italiens übersieht, dass es durchaus eine Vorwärtsbewegung gibt und eine Reihe von wiederkehrenden Konflikten und Problemen auf einer neuen Ebene ausgetragen werden. Das gilt auch für Italiens Verhältnis zur EU. Die These, wonach Italien ein beredtes Gegenbeispiel dafür sei, dass die Europäische Integration die politischen, ökonomischen und soziokulturellen Systeme nachhaltig prägen und verändern könne (Brunazzo Marco/Della Sala 2012), scheint deshalb auch überzogen. Vergleicht man die politischen Verfahren und das politische Denken in Italien Ende der 1980er Jahre – etwa im Bereich der Regionalpolitik – mit dem Italien des Jahres 2012, dann ist ein Wandel unverkennbar. Richtig ist dennoch, dass nur eine partielle Angleichung erfolgt, insbesondere was das politische System und die politische Kultur angeht. Insofern handelt es sich aber eben nicht um die fortwährende Wiederkehr des Immergleichen.

Wahr ist allerdings, dass sich der Wandel äußerst schleppend vollzieht und noch dazu von zahlreichen schwerwiegenden Rückschlägen geprägt wird. Wahr ist auch, dass in Italien seit zwei Jahrzehnten die Frage nach Konsens- oder Mehrheitsdemokratie, nicht beantwortet ist. Eine wirkliche Mehrheitskultur, das haben die Berlusconi-Jahre überdeutlich gezeigt, hat sich bislang nicht etablieren können. Gleichwohl lässt sich feststellen, dass das Niveau der Zufriedenheit in der Zweiten Republik insgesamt höher ist als noch in der Ersten, wobei man jedoch überaus ernst nehmen sollte, dass die Zufriedenheit der Italiener mit ihrer Demokratie seit dem Jahr 2006 deutlich gesunken ist (Morlino 2012).

Literatur

- Brunazzo, Marco/Della Sala, Vincent (2012): Searching for the real Italy in Europe. Italy Between Modernization and Resistance, Paper Presented at XXVI Convegno SISP, Rome, 13-15 September 2012.
- Castaldi, Roberto (2012): La moneta unica e l'unione politica, Paper Presented at XXVI Convegno SISP, Rome, 13-15 September 2012.
- Crouch, Colin (2011): The Strange Non-Death of Neoliberalism, Cambridge (Polity Press).
- De Robertis, Pierfrancesco (2012): La casta invisibile delle Regioni. Costi, sprechi e privilegi, Soveria Mannelli (Rubettino Editore).
- Glassmann, Ulrich (2012): Der italienische Wohlfahrtsstaat, in: Rörig, Karoline/Glassmann, Ulrich/Köppel, Stefan (Hg.): Länderbericht Italien, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung), S. 376-400.
- Grasse, Alexander (2013): Federalismo fiscale, in: Brütting, Richard/Rauen, Birgid (Hg.): Italien-Lexikon, 2. Aufl., Berlin (Erich Schmidt Verlag) i.E.
- Grasse, Alexander (2012a): Die Jagd auf den Zins oder: die Fiskalpolitik der Regierung Monti und ihre Folgen, in: *Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Jg. 92, No. 11/2012, S. 751-758.
- Grasse, Alexander (2012b): Italienische Finanzkrise und Börsendemokratie: Fakten, Analysen, Maßnahmen, *PIFO Occasional Paper*, No. 13/2012 (Gießen); www.pifo.eu
- Grasse, Alexander (2008): Die italienischen Parlamentswahlen 2008: Neue Konturen für die Zweite Republik, *PIFO Occasional Paper*, No. 1/2008 (Gießen); www.pifo.eu
- Grasse, Alexander (2005): Modernisierungsfaktor Region. Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien, Wiesbaden (VS Verlag).
- Labitzke, Jan (2013): Previdenza sociale, in: Brütting, Richard/Rauen, Birgid (Hg.): Italien-Lexikon, 2. Aufl., Berlin (Erich Schmidt Verlag) i.E.
- Marangoni, Francesco (2012): Technocrats in Government: The Composition and Legislative Initiatives of the Monti Government Eight Months into its Term of Office, in: *Bulletin of Italian Politics*, Vol. 4, No. 1, pp. 135-149.
- Morlino, Leonardo (2012): The Impossible Transition and the Unstable New Mix: Italy 1992-2012, Paper Presented at XXVI Convegno SISP, Rome, 13-15 September 2012.
- Natali, David (2008): Rekalibrierung von Sozialprogrammen und Flexibilisierung der Arbeitsmarktpolitik: Das italienische Wohlfahrtssystem, in: Schubert, Klaus/Hegelich, Simon/Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme, Wiesbaden (VS-Verlag), S. 333-353.

Serricchio, Fabio (2012): Italian Citizens and Europe: Explaining the Growth of Euroscepticism, in: *Bulletin of Italian Politics*, Vol. 4, No. 1, pp. 115-134.

Zum Autor

Prof. Dr. rer. soc. habil. Alexander Grasse, Jg. 1968, lehrt Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt „Politik und Wirtschaft im Mehrebenensystem“ am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen;

Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Steuerungs- und Modernisierungspolitik, Multi-level Governance und Demokratisierung (insbes. EU, Föderalismus und Regionen), vergleichende Systemanalyse, Italien-Studien;

Lehre und/oder Forschung an den Universitäten Milano Statale, Padova, Bologna, North Carolina State und Athen Panteion; Leiter des deutsch-italienischen Forschungsnetzwerks PIFO (Politische Italien-Forschung; www.pifo.eu); Clemens Maria Brentano-Preis 2007 in Politikwissenschaft, verliehen vom Deutsch-Italienischen Hochschulinstitut / Ateneo Italo-Tedesco („In Anerkennung herausragender Beiträge auf dem Gebiet der Italienstudien sowie besonderer Verdienste um die Kooperation und kulturelle Verständigung zwischen Italien und Deutschland“).

Kontakt

Justus-Liebig-Universität Gießen
Institut für Politikwissenschaft
Karl-Glöckner Str. 21 E
35394 Gießen
Tel. 0641-99-23090 (23091-Sekr.)
Fax 0641-99-23099
E-Mail: alexander.m.grasse@sowi.uni-giessen.de

Bisher veröffentlicht:

Alexander Grasse

Die italienischen Parlamentswahlen 2008: neue Konturen für die „Zweite Republik“

PIFO Occasional Paper No. 1/2008

Giuseppe Gangemi

Italian Antipolitics as a long run Question: “Bad Civil Societies” or “Bad Elites” ?

PIFO Occasional Paper No. 2/2008

Rigas Raftopoulos

Italian Economic Reconstruction and the Marshall Plan. A Reassessment

PIFO Occasional Paper No. 3/2009

F. Peter Wagner

“A Finger for Berlusconi”: Italy’s anti-immigration/anti-crime measures, Romanian realities, and the poverty of European citizenship

PIFO Occasional Paper No. 4/2009

Francesca Gelli

An alternative narrative of the Second Italian Republic: a view from the city. Contributions of American political science to the study of Italian urban politics

PIFO Occasional Paper No. 5/2009

Dörte Dinger

From friends to collaborators? A comparison of bilateral conflicts in the Italo-German relationship

PIFO Occasional Paper No. 6/2009

Julia Müller

Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Wählern in Italien. Wahlprogramme und Direct Mailing anlässlich der Parlamentswahlen 2006

PIFO Occasional Paper No. 7/2009

Markus Grimm

Il Popolo della Libertà. Die Auferstehung der Democrazia Cristiana?

PIFO Occasional Paper No. 8/2009

Anna Marson

Land-use planning “scandals” in Tuscany. Mismanagement or underestimation of general public interests?

PIFO Occasional Paper No. 9/2010

Bisher veröffentlicht:

Valentina Pacetti / Angelo Pichiéri

Governance and Agencies: New Policy Instruments up against the Crisis

PIFO Occasional Paper No. 10/2010

Francesca Gelli / Alexander Grasse

A country on a knife-edge: Italy and its territorial differences

PIFO Occasional Paper No. 11/2011

Silvia Bolgherini

Local Government and Inter-Municipal Cooperation in Italy and Germany

PIFO Occasional Paper No. 12/2011

Alexander Grasse

Italienische Finanzkrise und Börsendemokratie. Fakten – Analysen – Maßnahmen

PIFO Occasional Paper No. 13/2012

Maike Heber

Legitimität und Unabhängigkeit. Auseinandersetzungen um Reformen zwischen Justiz und Politik in Italien

PIFO Occasional Paper No. 14/2012

Daniele Donati

Horizontal Subsidiarity in the Italian Legal Order. The Normative Development of State and Regions

PIFO Occasional Paper No. 15/2012

Alexander Grasse

Krisenmanagement in Italien – Schlaglichter auf ein Jahr Regierung Monti

PIFO Occasional Paper No. 16/2012

ISSN: 1866 - 7619

<http://www.italienforschung.de>
<http://www.pifo.eu>